

Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

**Christlicher Glaube
und gesellschaftlicher Fortschritt -
Christen im Bündnis
für Frieden und soziale Gerechtigkeit**



203

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

**Christlicher Glaube
und gesellschaftlicher Fortschritt -
Christen im Bündnis
für Frieden und soziale Gerechtigkeit**

1977

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Referats vor dem Arbeitsausschuß der Christlichen Friedenskonferenz, der am 2. Oktober 1976 mit Vertretern aus 26 Ländern in Bad Saarow unter dem Thema „Christlicher Glaube und gesellschaftlicher Fortschritt – Christen im Bündnis für Frieden und soziale Gerechtigkeit“ tagte

Es ist mir eine besondere Freude, in Ihrem Kreis zu sprechen. Ich darf Ihnen versichern, daß die Christliche Friedenskonferenz in meinem Lande seit ihrer Gründung eine große Wertschätzung genießt.

Achtung erfährt die Konsequenz, mit der die CFK die Parteinahme für Frieden und soziale Gerechtigkeit an der biblischen Botschaft orientiert.

Anerkennung findet die Tatsache, daß sie sich in ihrer Arbeit in enger Gemeinsamkeit mit säkularen Friedenskräften befindet.

Verbunden wissen wir uns darüber hinaus mit Ihnen in vielen Positionen des antiimperialistischen Kampfes, so in der Solidarität mit dem chilenischen Volk, im Kampf gegen den Rassismus und für die Menschenrechte in der ganzen Welt sowie für weltweite Abrüstung, um nur einiges zu nennen.

Proflierte christliche Persönlichkeiten aus der DDR gehören zu den Wegbereitern, Mitbegründern und Mitstreitern der CFK.

Das alles verbindet uns aufs engste miteinander, und Sie dürfen versichert sein, daß wir alles tun werden, um Ihre Arbeit, die dem großen Ziel der Menschheit, dem Frieden, gewidmet ist, zu unterstützen.

I

Erfahrungen aus politischem Engagement

Zum Thema Ihrer Tagung möchte ich einiges an Erfahrungen beitragen, die meine Freunde und ich in 30 Jahren politischen Engagements als Christen in der DDR gesammelt haben.

Am Anfang unseres Weges stand eine Notwendigkeit im eigentlichen Wortsinn. Die dunkle Zeit des Faschismus war vorbei. Zwar hatte es Christen gegeben, die aktiv gegen ihn gekämpft hatten. Aber viele, die den herrschenden Gewalten der vergangenen Zeit nicht widerstanden hatten, waren in innere und äußere Not geraten. Jene Not galt es zu wenden. Neue Wege mußten gesucht werden, um Forderungen aus christlicher Ethik, wie Friedens- und Nächstenliebe, gesellschaftlich relevant zu praktizieren. Dafür standen uns zwar Erkennt-

nisse zur Verfügung, aber es gab auch Fragen. Wir erfuhren zwar Ermutigung, aber auch Warnung. Heute nun können wir sowohl von theoretischer Einsicht als auch von unseren praktischen Erlebnissen her sagen, daß wir die richtigen Wege gegangen sind.

Damals hatten wir auf die unterschiedlichste Art erkannt, wie christlicher Glaube vom Imperialismus zur Rechtfertigung höchst unchristlicher, weil inhumaner und friedensfeindlicher Politik mißbraucht worden war.

Heute gehört es zu unseren Erkenntnissen, daß Christen und Kirchen im Sozialismus von den Gefahren des Mißbrauchs christlichen Glaubens durch weltliche Macht frei geworden sind. Weder begehrt unser sozialistischer Staat kirchlichen Segen für sein Wirken, noch regiert er in die Kirchen hinein.

Damals fragten viele von uns, ob es denn überhaupt möglich sei, daß Christen als Christen in den neuen, sich mit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung herausbildenden Strukturen ihren Platz finden würden.

Heute ist diese Frage längst positiv beantwortet. Christsein hat keineswegs eine Sache für das „stille Kämmerlein“ werden müssen, sondern konnte in seinen gesellschaftlichen Bezügen als Beweggrund zum Wirken in der Gesellschaft dienen.

Damals war es uns Ermutigung, daß jene tapferen Christen, die dem Faschismus durch die Tat widerstanden hatten, in Kampf, Bedrängnis und Leid die Gemeinsamkeit mit Marxisten über weltanschauliche Unterschiede hinweg hatten verspüren dürfen. Wir sahen darin Verheißung für den Neubeginn.

Heute schätzen wir jene Gemeinsamkeit als Grundstock für die Gemeinsamkeit von Christen und Marxisten beim Aufbau und bei der Ausgestaltung der neuen, sozialistischen Gesellschaft. In der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands finden Wille und Möglichkeit zur Mitarbeit von Christen in der Gesellschaft organisierten Ausdruck.

Damals hörten wir von nicht wenigen Mitchristen eine Warnung. Sie sagten: „Wenn ihr beim Aufbau dieser neuen Gesellschaft mithelft, wenn ihr mit Marxisten zusammenarbeitet, dann sägt ihr den Ast ab, auf dem ihr selber sitzt.“

Heute hat sich längst gezeigt, daß diese Warnung von damals sich nicht bestätigt hat. Seit langem stehen ungezählte christliche Bürger in gesellschaftlicher Verantwortung. Sie leiten volkseigene Betriebe und Betriebskollektive, Produktionsgenossenschaften der Landwirtschaft und des Handwerks. Sie sind Direktoren von Schulen und Leiter von Schulklassen,

von Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens. Sie lehren an Universitäten, an Hoch- und Fachschulen. Sie wirken in der Rechtsprechung, vom Richter bis zum Präsidenten des Obersten Gerichts.

Es existiert darüber keine Statistik. Es gibt bei uns keinen Weltanschauungsproporz im öffentlichen Leben. Für die Eignung zu solchem Wirken sind gesellschaftliche Einsatzbereitschaft, Wissen und Sachverstand, sind Kenntnisse und nicht Glaubensbekenntnisse ausschlaggebend.

Zahlen sind mir daher nur auf einem Gebiet zur Hand. Das ist die Öffentlichkeitsarbeit der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Von insgesamt 110 000 Mitgliedern arbeiten fast 21 000 im Rahmen der Volksvertretungen mit, von der Gemeindevertretung bis hin zur Volkskammer. Im Staatsrat und in der Regierung, in allen Räten der Bezirke und Kreise und als Bürgermeister in mehreren hundert Gemeinden tragen CDU-Mitglieder politische Verantwortung.

Wenn Sie nun Christen in der DDR fragen, was sie zur Mitarbeit am Sozialismus bewegt, dann werden Sie vermutlich die unterschiedlichsten Antworten erhalten.

Denn unterschiedlich sind die Motive dieser Mitarbeit, je nach Konfession und Tradition, nach Religiosität, nach Bildung und gesellschaftlicher Erfahrung, nicht zuletzt aber nach sozialer Herkunft und Stellung.

Doch sicher wird für das Ja vieler Christen zum Sozialismus gelten, was Otto Nuschke 1952 als Vorsitzender der CDU dazu sagte. Er erklärte: „Wir sind für den Sozialismus, weil er die unerläßlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen schafft, die für die Entfaltung wahren Menschentums notwendig sind. Wir wissen, daß auch die sittlichen und religiösen Tugenden eines Menschen sich nicht entwickeln können, wenn er in wirtschaftlicher Not und sozialem Elend dahinglebt, wenn er keine Stunde frei hat für das Familienleben, sondern in ständiger Angst um Brot und Miete für den morgigen Tag lebt.“

Thomas von Aquino stellte schon die Sicherung eines bestimmten Existenzminimums als unerläßliche Voraussetzung für das Religiöse hin. Im Sozialismus wird der Mensch von diesem ständigen und quälenden Kampf um das Dasein befreit sein. Er wird Zeit und Muße haben, sich seiner Familie, der Gemeinschaft zu widmen und auch seine religiösen Anlagen zu entwickeln.

Wir sind für den Sozialismus, weil wir in ihm eine tatchristliche Ordnung sehen, in der die Sorge um den Menschen im Mittelpunkt aller Betrachtungen steht und die damit eine tatkräftige Wirksamkeit der Nächstenliebe ermög-

licht. Die bürgerliche Welt hat es mit ihrem formellen Kirchenchristentum zugelassen, daß in der gleichen Stunde Millionen Menschen in furchtbarem sozialem Elend verkamen, daß die Familien zerrissen wurden, daß Millionen Menschen in mörderischen Kriegen starben, daß die hemmungslos-egoistische Konkurrenz und damit die Ausbeutung zum tragenden Prinzip einer Gesellschaftsordnung wurde. Mit dem Sozialismus wird der von Gott geschaffene Mensch mit seinen echten und natürlichen Bedürfnissen wieder im Mittelpunkt aller gesellschaftlichen Arbeit stehen.

Wir sind für den Sozialismus, weil er die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt und jeder Begabung und Fähigkeit den Weg zur vollen Entfaltung frei macht. Wie viele Talente und schöpferische Begabungen sind einfach zugrunde gegangen, weil sie in einem Milieu der Armut aufwuchsen, von niemandem beachtet wurden und sich niemand um sie kümmerte, um ihre Fähigkeiten zu wecken und zu fördern. Im Sozialismus wird jeder schöpferischen Begabung der Weg bis zur höchsten Entfaltung gesichert.

Wir sind für den Sozialismus, weil er die Gewissensfreiheit und die Freiheit der religiösen Betätigung sichert. Wie jede Unterdrückung, so ist dem Sozialismus auch jede Einengung des christlichen Gewissens, jede Bedrückung der religiösen Betätigung wesensfremd. Wo Menschen und Mächte das noch nicht erkannt haben, wird die Entwicklung heilsame Klärung bringen. Frei kann sich der Mensch im Sozialismus entfalten, geistig frei in seinen individuellen Neigungen, frei auch in seiner religiösen und weltanschaulichen Betätigung. Das oberste Gesetz im Sozialismus ist ein urchristliches Gesetz: Das Wohl der Gemeinschaft ist Richtschnur für jedes persönliche Handeln des einzelnen Menschen.“

Im Prozeß ihrer Teilnahme an der Gestaltung des Sozialismus haben Christen, der eine früher, der andere später, immer deutlicher erkannt, daß es zwischen Kapitalismus und Sozialismus keinen dritten Weg gibt. Jeder solche Weg wäre in Wirklichkeit ein Weg zurück.

Die von uns mitgestaltete neue Wirklichkeit zeigt zahlreiche Berührungspunkte mit Maximen christlicher Ethik. Manche verschüttet gewesen Aussagen des Evangeliums haben sich Christen neu erschlossen. Die Zweckbestimmung des Christen, für den anderen dazusein, hob sich heraus aus der privaten Sphäre, wuchs mehr und mehr hinein in gesellschaftliche Dimensionen. Davon wird anhand einiger Beispiele noch die Rede sein.

Nicht, daß die Hinwendung von Christen zur neuen Ord-

nung, zum Sozialismus, immer konfliktlos verlaufen wäre. Es gab und gibt im Prozeß dieses Engagements nicht nur Harmonie, sondern auch Spannung, nicht nur Einklänge, sondern auch Widersprüche.

II

Christlicher Glaube und gesellschaftlicher Fortschritt

Ein Spannungsfeld, ganz allgemein gesagt, liegt ja unter Umständen schon zwischen christlichem Glauben und gesellschaftlichem Fortschritt schlechthin.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die christlichen Kirchen in ihrer Geschichte häufig ein gebrochenes Verhältnis zum Fortschritt hatten. Das hing hauptsächlich mit ihren politischen und sozialen Bindungen an die jeweils herrschenden Klassen zusammen. Die gesellschaftlichen Privilegien, die ihnen dadurch gewährt wurden, ließen sie das Bestehende gutheißen. Häufig geschah das mit dem Hinweis darauf, daß der Mensch ein Sünder bleibe und sich nicht bessern könne.

So richtig es aber ist, daß auf Erden nie das Reich Gottes verwirklicht werden wird, daß menschliches Leben von Problemen und Widersprüchen gezeichnet bleibt, so wenig kann das für Christen Anlaß sein, dem gesellschaftlichen Fortschritt gegenüber abstinent zu bleiben. Im Gegenteil, gerade um der biblischen Verheißung willen ist der Christ gerufen, alles zu tun, um die menschlichen Verhältnisse bessern zu helfen.

Allerdings, blickt man zurück in die Geschichte, dann sieht man, daß gesellschaftlicher Fortschritt sich unter den Bedingungen der antagonistischen Klassengesellschaft auf antagonistische Weise verwirklicht und stets nur neue Formen der Unterdrückung für die werktätigen Menschen bereithält.

Einerseits führte keiner jener gesellschaftlichen Fortschritte die arbeitenden Menschen in wirkliche Freiheit. Eine Ausbeuterordnung löste die andere ab. Und nicht nur das. Härter war im Kapitalismus der Existenz- und Konkurrenzkampf geworden. Perioden relativer Prosperität wechselten mit Zeiten furchtbarer Wirtschaftskrisen. Höher stieg die Quote der Verbrechen. Blutiger und ausgedehnter wurden die Kriege. Und so ist das bis auf den heutigen Tag. Wer das Evangelium als Ruf zu Frieden, Freiheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit versteht, dem steht gewiß die äußerste Fragwürdigkeit solcherart Fortschritts vor Augen.

Andererseits hat gesellschaftlicher Fortschritt in der antago-

nistischen Klassengesellschaft allerdings auch für die Werk-tätigen unstreitig zu Höherentwicklungen geführt. So waren im Verständnis der Antike die Sklaven keine Personen, sondern Sachen. Als die Sklaverei verschwand, waren die ehemaligen Sklaven, nun Leibeigene, eigentlich erst als Menschen anerkannt. Als Leibeigene zu Lohnarbeitern wurden, war damit ihre Entlassung in eine wenigstens nominelle Unabhängigkeit von ihrem Dienstherrn verbunden. Die Situation der Werk-tätigen im Kapitalismus schließlich umfaßt auch die Chance zum Kampf für die endgültige Überwindung der Ausbeutung.

Im Verlaufe unserer Mitarbeit am Sozialismus lernten wir Christen nun prinzipiell andere Aspekte des Verhältnisses von Gesellschaft und Fortschritt kennen – Aspekte, die die Situation umkehrten. Zum erstenmal wurden mit einer neuen Gesellschaft die arbeitenden Menschen nicht in eine neue Form der Ausbeutung gezwungen, sondern wurden von jeglicher Form von Ausbeutung frei. Mit den antagonistischen Widersprüchen in der Gesellschaft verschwand für die Werk-tätigen auch der Pferdefuß, der bis dahin jeden gesellschaftlichen Fortschritt begleitet hatte. Der gesellschaftliche Fortschritt kam in Bahnen, die ihn stetig und harmonisch verlaufen lassen. Vor allem aber erkannten wir, daß es sehr wohl möglich ist, Frieden, wissenschaftlich-technischen, sozialen und geistig-kulturellen Fortschritt so in Einklang miteinander zu bringen, daß er uneingeschränkt dem Menschen, seinem Glück und seinem Wohlergehen dienen kann.

Und das scheint mir doch die Hauptsache zu sein, auch angesichts all der vielen Widersprüche, Konflikte und Probleme, die für den einzelnen entstanden, noch entstehen und immer entstehen werden, wenn es in der Gesellschaft vorwärts geht.

Widersprüche zwischen Gesellschaft und Individuum sind im Kapitalismus nicht selten Schicksalsschläge, deren Folgen objektiv nicht abwendbar sind. Im Sozialismus sind Widersprüche zwischen Gesellschaft und Individuum objektiv durchaus lösbar. Denn grundsätzlich kann doch folgendes festgestellt werden:

Der arbeitende Mensch kann bei uns ideenreich und klug zur Erhöhung der Produktivität der Arbeit beitragen, ohne befürchten zu müssen, daß seine Arbeitskraft dadurch überflüssig werden könnte, daß er sich sozusagen selbst aus dem Arbeitsprozeß „wegrationalisiert“. Er kann vielmehr darauf vertrauen, daß solche Arbeit gemeinnützig ist, ein Werk der Brüderlichkeit, die allen Gliedern der Gemeinschaft ein gutes Auskommen und Vorwärtskommen ermöglicht.

Nicht Profiterwägungen oder schlimmstenfalls gar der Nutzen für die Vorbereitung von Aggressionskriegen entscheiden bei uns über das Schicksal von Erfindungen, Entdeckungen und Erkenntnissen der Wissenschaft und Technik, sondern ihr Wert zur Hebung des Volkswohlstandes.

Künstler und ihre Werke laufen nicht Gefahr, in den Dienst menschenfeindlicher Bestrebungen zu geraten oder dafür mißbraucht und mißdeutet zu werden.

Ich glaube, dies sind sehr gewichtige Gründe, daß Christen solcher gesellschaftliche Fortschritt keine bedenkliche Sache mehr zu sein braucht. Er kann Christen zur Mitarbeit ermutigen, ohne daß sie Sorge haben müssen, ihr Glaube könnte Schaden nehmen.

Diese Sorge hat ja tiefe Wurzeln. Zu lange hatten jene unseligen Einflüsse auf Christen eingewirkt, mit denen der Marxismus dem Antichrist gleichgesetzt und Kirchen zu Kronzeugen und Apologeten des Kapitalismus gemacht worden waren. Unabänderlich sei, daß im irdischen Jammertal die einen reich, die anderen arm sind, denn so sei es gottgewollt. Von Gottes Gnaden sei der Monarch. Untrennbar sei die Einheit von Thron und Altar. Untertan habe man jeder Obrigkeit zu sein. Das hörte man von Kanzeln und Kathedern.

Hinzu kam, daß bürgerliche Ideologie sich der Religion gegenüber gewöhnlich offen gibt. Die Geschichte kennt genug Beispiele dafür, daß diese Offenheit nicht selten der Erwägung entspringt, daß Christentum sich zur Rechtfertigung ungerechter gesellschaftlicher Strukturen brauchen und damit mißbrauchen läßt. Das hat mancher nicht gesehen.

Aber die Geschichte der Christenheit ist ja nicht eine Ansammlung konservativ-rückschrittlicher Verhaltensweisen. Für uns sind die progressiven Traditionslinien Bezugspunkte. Wir können auf Persönlichkeiten blicken wie den Pastor Thomas Müntzer. Im Kampf um die Befreiung der Bauern aus der Fron für die Feudalherren im Mittelalter gehörte er zu den Trägern gesellschaftlichen Fortschritts. Wir können uns auf Männer besinnen wie den Weimarer Generalsuperintendenten Johann Gottfried Herder. Zur Zeit der bürgerlichen Aufklärung bezog er, besonders mit seinen „Briefen zur Beförderung der Humanität“, parteilich die Position jener Ideen und Kräfte, die damals den gesellschaftlichen Fortschritt repräsentierten.

Diese und viele andere progressive Christen haben zu ihrer Zeit erkannt und bekannt, daß christliche Botschaft nicht dazu da ist, das Bestehende zu segnen, zumal dann nicht, wenn es Elend und Ungerechtigkeit einschließt. Blutzeugen

dieser Erkenntnis und dieses Bekenntnisses sind zu unseren Zeiten Martin Luther King, Camilo Torres, Eduardo Mondlane und andere.

Uns christlichen Demokraten liegt natürlich auch daran, daß das bisher von der Kirchengeschichte kaum gewürdigte fortschrittliche Erbe weiterer christlicher Persönlichkeiten aufgearbeitet und für den Weg so manches Christen im Sozialismus fruchtbar gemacht wird. Ich denke etwa – außer den in diesem Referat an anderer Stelle Genannten – an den französischen Republikaner Abbé Felicité Lamennais oder an Sozialreformer wie den evangelischen Pfarrer Rudolf Todt. Geistliche gehören dazu, die an die Seite revolutionärer Kräfte fanden wie der Theologieprofessor Michael Baumgarten schon 1848 und – von der Jahrhundertwende bis in unsere Tage – protestantische Pfarrer wie Christoph Blumhardt und Erwin Eckert. Pioniere der Freundschaft zur Sowjetunion sind darunter wie der Quäker Alfons Paquet und der evangelische Geistliche Carl Vogl. Standhafte antifaschistische Widerstandskämpfer sind zu nennen wie der Protestant Paul Schneider, der „Prediger von Buchenwald“, und der katholische Dompropst Bernhard Lichtenberg.

Die Besinnung auf diese Traditionen erhärtet die Entscheidung von Christen in unserem Lande, zum gesellschaftlichen Fortschritt durch Beteiligung am Aufbau des Sozialismus beizutragen.

Aufgebaut wurde der Sozialismus nach der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus, einem Konzept, von dem die meisten Christen zunächst nur wußten: es ist ein Konzept ohne Gott. Die Gemeinsamkeiten bewußt zu machen, die zwischen den ethischen Konsequenzen christlichen Glaubens und dem humanistischen Inhalt des Sozialismus bestehen, und daraus Tatbereitschaft abzuleiten, das war für uns nicht immer ganz einfach.

Wir haben am Anfang des Weges unserer Partei viel diskutiert, lange abgewogen und gründlich geprüft, ob und inwieweit das sozialistische Gesellschaftsmodell gesellschaftlichen Konsequenzen aus Maximen christlicher Ethik entspricht.

Mit zunehmender Deutlichkeit erkannten wir, daß es kein spezifisch christliches Programm zur Lösung ökonomischer, wissenschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Probleme gibt. Das Evangelium kann nur Prüfstein, nicht Lehrbuch für politische Entscheidungen sein.

Lassen Sie es mich so zugespitzt sagen: Aus der gleichen

Erfahrung kennen wir auch keine christliche Politik im Sinne von exklusiv christlichen Lösungsvorschlägen für gesellschaftliche Aufgaben.

Deshalb versteht sich die CDU in der DDR auch nicht als „christliche“ Partei im herkömmlichen Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft. Sie ist ein Zusammenschluß von Christen aller Konfessionen, ein Angebot an die Christen unseres Landes, gemeinsam und organisiert politische Verantwortung zu übernehmen. Das Christliche an und in ihr, das sind ihre Mitglieder.

Es sind Menschen, die von ihrem Glauben geprägt sind, die bestrebt sind, glaubensgemäß zu handeln und dem Evangelium gemäß zu leben, die aber auch durch ihr Engagement für den Sozialismus geformt sind, die bestrebt sind, im Sinne gesellschaftlichen Fortschritts zu wirken. Ihre Gedanken und Vorstellungen widerspiegeln sich in den Entscheidungen, Beschlüssen und Verlautbarungen der Vorstände der CDU und prägen so das Profil der Partei von der Ortsgruppe bis hin zur Parteiführung.

Die Mitglieder sehen in ihrer Partei eine besonders effektive Möglichkeit, aus christlicher Verantwortung an der Gestaltung von Staat und Gesellschaft mitzuarbeiten.

Christen in der DDR haben sich vor allem deshalb politisch engagiert, weil sie bestrebt sind, die Chance nicht ungenutzt zu lassen, die ihnen unter sozialistischen Verhältnissen eröffnet ist, im täglichen Leben unverkürzt und im Einklang mit der Staatspolitik wichtige Maximen christlicher Ethik praktizieren zu können. In vielen Punkten und auf weite Strecken berühren sich im sozialistischen Staat Christenpflicht und Bürgerpflicht.

So ist es denn auch keine Seltenheit, daß Christen, die Funktionen in Staat und Gesellschaft wahrnehmen, zugleich auch kirchliche Ämter bekleiden, etwa in evangelischen Gemeindekirchenräten, in katholischen Pfarrgemeinderäten, in Synoden oder anderen Formen kirchlicher Arbeit. Allein fast 10 000 CDU-Mitglieder sind darunter.

Lassen Sie mich zum Verhältnis zwischen christlichem Glauben und gesellschaftlichem Fortschritt noch drei Gedanken äußern.

Der erste Gedanke: So gewiß es keinen Bereich der Gesellschaft gibt, der von der Verantwortung eines Christen ausgenommen wäre, so gewiß können die Aufgaben am Arbeitsplatz oder in ehrenamtlicher Tätigkeit nicht mit Glaubensaussagen bewältigt werden. Da geht es um die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung von Natur und Gesellschaft.

Daher bemühen sich Christen in unserem Lande erfolgreich um immer tieferes Eindringen in wissenschaftliche Erkenntnisse, und dazu gehört der Marxismus-Leninismus. Das geht auch gar nicht anders; denn sie wissen: An der Leitung eines sozialistischen Staates kann man um so erfolgreicher teilnehmen, je besser man sich in sozialistischer Staatslehre auskennt. Wirtschaftlicher Verantwortung im Sozialismus wird man um so eher gerecht, je besser man die Gesetze der politischen Ökonomie des Sozialismus anzuwenden weiß. Friedenskampf wird um so erfolgreicher sein, je besser man die marxistische Imperialismus-Analyse zu handhaben versteht.

Dieses Instrumentarium ist das gleiche für den Christen wie den Marxisten oder den Vertreter einer anderen humanistischen Auffassung. Wir wissen um die atheistische Komponente des Marxismus-Leninismus, die wir nicht nachvollziehen; aber nicht sie steht dabei im Vordergrund.

Der zweite Gedanke: Christen als bewußte, engagierte Staatsbürger in einem sozialistischen Land, die in der Gesellschaft Achtung und Respekt genießen — da greift der Gegner ständig an und unterstellt ihnen Opportunismus.

Aber für uns ging es nie und geht es nicht um Anpassung, um ein ruhiges, konfliktloses Leben. Triebkraft für unser gesellschaftliches Handeln war und ist der Wille zum wirksamen Dienst am Frieden und am Nächsten.

Das Evangelium fordert uns Christen, so wie ich das sehe, zur Gestaltung einer Welt, in der Friede und Freundschaft zwischen den Menschen herrschen; in der Hunger, Armut und Elend überwunden sind; in der einer des anderen Freund und Bruder ist und in der er Glück und Erfüllung seines Lebens findet. Die Geschichte lehrt uns, und die Gesetzmäßigkeiten, denen gemäß sich die Gesellschaft entwickelt, zeigen uns: Im Sozialismus werden solche Verhältnisse heute sichtbar, fruchtbar und dauerhaft.

Ein dritter Gedanke: Ein Christ sollte sich bei seiner Entscheidung für eine gesellschaftliche Struktur nicht von Einzelfragen, Einzelfällen, einzelnen isolierten Aspekten einer politischen Wirklichkeit leiten lassen oder gar nur nach dem äußeren Schein urteilen. Denn sicherlich wird man selbst in kapitalistischen Ländern Einzelercheinungen des gesellschaftlichen Lebens finden, die für sich genommen positiv zu betrachten sind. Und in unserem sozialistischen Staat gibt es durchaus noch manches Überwindenswerte. Es gibt auch noch so manches gar nicht leichte menschliche Problem.

Aber es geht nicht um Einzelprobleme. Es geht darum, daß es heute in der Welt nicht unendlich viele, sondern nur zwei

politische Grundkonzeptionen gibt, angesichts deren auch der Christ eine Grundentscheidung zu fällen hat.

Zum einen ist das der Kapitalismus in seinen unterschiedlichen Formen. Wir wissen: Kapitalismus, das bedeutet bei durchaus möglichem Fortschritt im Technischen Stagnation und Rückschritt im Gesellschaftlichen.

Und zum anderen ist es der Sozialismus, der, wie wir selbst erfahren haben, gesellschaftlich fortschrittliche Lösungen entwickelt und realisiert.

Dies alles zusammengefaßt, können wir bezeugen, daß christlicher Glaube und gesellschaftlicher Fortschritt einander nicht ausschließen.

Allerdings gehört dazu, daß Christen den Gedanken der Erneuerung und Befreiung, der christlicher Botschaft innewohnt, nicht nur auf sich und nach innen gerichtet sehen, sondern diesen Gedanken auf die ganze Welt beziehen. Und am besten können Christen gesellschaftlichen Fortschritt dann annehmen, wenn er sich in sozialen Strukturen vollzieht, in denen er unverkürzt jedem werktätigen Menschen zum Vorteil zu gereichen vermag.

III

Frieden und soziale Gerechtigkeit

Christlicher Glaube und gesellschaftlicher Fortschritt berühren sich insonderheit in zwei ganz wichtigen gesellschaftlichen Anliegen: im Streben nach Frieden und im Streben nach sozialer Gerechtigkeit.

Die Erhaltung des Friedens steht unter den heutigen Bedingungen in enger Wechselwirkung mit dem gesellschaftlichen Fortschritt in der Welt.

Der christliche Friedensgedanke baut, wie ich meine, auf der Erkenntnis, daß Gottes Wille mit der Welt der Friede ist und nicht der Krieg. Denn wenngleich der Friede solcher Erkenntnis zufolge aus dem Geist geboren ist, so ist er doch nicht nur eine Sache der Innerlichkeit, sondern aller Lebensbereiche.

Es gibt keine christliche Friedensverantwortung außerhalb dieser Welt. Christlicher Glaube ist Glaube an den, der die Welt liebt hat.

Weniger denn je ist heute Christsein ohne Friedenszeugnis denkbar. Christentum und Friede gehören zusammen.

Um die geschichtliche Relevanz einer solchen Aussage zu ermes sen, sollten wir bedenken:

Für die Griechen des Altertums war Friede nur ein Zustand ohne offene Feindseligkeiten, für die Römer nur ein Vertrag über einen Waffenstillstand. Krieg war die Regel, Friede die Ausnahme. Und dieses Denken hat sich mehr oder weniger fortgesetzt.

Wir Älteren haben deutschen Militarismus als den Inbegriff, als die Inkarnation friedensfeindlichen Denkens ja noch am eigenen Leibe erlebt. Wir haben jenen Widersinn noch kennen- und fürchten gelernt, demgemäß nur der Krieg den Mann zum Helden machen konnte. Wir erinnern uns noch mit Schrecken an die Folgen solcher Wahlsprüche wie „Viel Feind', viel Ehr'“.

Es hat erst der Sozialismus kommen müssen, um solchem Widersinn ein Ende zu bereiten. „Held kann man sein, auch ohne die Erde zu verwüsten“, hatte der französische Dichter Boileau zu Zeiten Ludwigs XIV. gesagt. Im Sozialismus ist es wahr geworden. Hier gibt es erstmals auch andere Helden, Helden des Friedens, der friedlichen Arbeit. Sie verwüsten die Erde nicht, sondern machen sie menschlicher. Helden sind Menschen, die unter Einsatz des eigenen Lebens anderen helfen. Dafür erfahren sie die Verehrung des Volkes. Die ersten Träger des Ehrentitels „Held der Sowjetunion“ waren jene Flieger, die 1934 die Überlebenden einer Schiffskatastrophe im Nördlichen Eismeer retteten. Und nicht mehr heißt es: „Viel Feind', viel Ehr'“, sondern: „Viel Freund', viel Ehr'“.

Dieser Ordnung wesenseigen ist die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlichen gesellschaftlichen Gefüges. Sie ist darauf konzipiert, Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen. Die großen Klassenauseinandersetzungen in der internationalen Arena sind objektiv vorhanden. Aber sie müssen nicht zwangsläufig zu Blutvergießen führen. Mit der Strategie der friedlichen Koexistenz wurde immerhin erreicht, daß seit mehr als 30 Jahren Friede in Europa herrscht.

Da also Sozialismus Frieden schafft und Christentum und Friede zusammengehören, so werden Sie verstehen, daß Christen in der DDR mit Recht sagen: Was uns mit unserem sozialistischen Staat besonders fest verbindet, ist seine konsequente Friedenspolitik, seine konkrete Macht und Möglichkeit, gemeinsam mit den anderen sozialistischen Staaten mehr Frieden zu erreichen.

Die DDR hat von Anbeginn ihres Bestehens zu dieser Poli-

tik nach Kräften beigetragen. Selbstverständlich hat sie auch die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterstützt. Und seit der Unterzeichnung des Schlußdokuments tut sie alles, daß die Beschlüsse der KSZE Schritt für Schritt verwirklicht werden.

Dadurch hat sie dazu beigetragen, daß die Prinzipien von Helsinki, wie man jetzt, mehr als ein Jahr nach der Konferenz, sagen kann, tragfähig geworden und gegenwärtig geblieben sind. Wir wissen, die Gegner der Entspannung hatten darauf gehofft, diese Prinzipien würden verschwinden. Aber das Gegenteil ist eingetreten. Die Entspannung ist zur Haupttendenz der internationalen Entwicklung geworden.

Die Regierung der DDR, die von den gesellschaftlichen Kräften getragen wird, unterstützt die Realisierung des Schlußdokuments von Helsinki vor allem dadurch, daß sie

- mit der ständigen Entwicklung des Landes auf allen Gebieten zur Stärkung der Position der sozialistischen Staaten und damit zur weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Friedens beiträgt;
- sich aktiv an der koordinierten Außenpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft beteiligt und so die Politik der friedlichen Koexistenz weiter durchsetzen hilft;
- alle Initiativen der Öffentlichkeit, die auf Frieden und Entspannung gerichtet sind, entschieden unterstützt.

Die DDR ist der Zusammenarbeit, wie sie in Helsinki vereinbart wurde, offen. Das zeigt sich auf vielen Gebieten. Dafür einige Beispiele.

● Im ersten Jahr seit der Unterzeichnung der Schlußakte der KSZE hat die DDR 25 Verträge und Abkommen mit 15 kapitalistischen Teilnehmerstaaten jener Konferenz abgeschlossen und Verhandlungen mit 20 solcher Staaten über weitere 65 Vereinbarungen aufgenommen.

● Wie schon seit jeher, so hat die DDR aus kapitalistischen Ländern an Büchern, Buchlizenzen, Theaterstücken, Spielfilmen, Rundfunk- und Fernsehsendungen das Mehrfache von dem übernommen, was jene Länder auf diesem Gebiet aus der DDR beziehen. 90 Prozent des von Eurovision, dem Zusammenschluß von Fernsehunternehmungen westeuropäischer Länder, der DDR angebotenen Materials hat unser Fernsehen verwertet. Die westeuropäischen Fernsehstationen hingegen nutzen nur etwa 10 Prozent der ihnen durch die Anstalten der Intervision offerierten Informationssujets. Aus den sechs kapitalistischen Staaten Frankreich, USA, England, Italien, Österreich und BRD sind in der DDR 1974 mehr als doppelt

soviel Buchtitel erschienen, als diese Länder von uns übernommen haben. Jeder dritte Titel an belletristischer Literatur, der in der DDR erscheint, stammt aus dem Ausland, 48 Prozent davon aus nichtsozialistischen Ländern.

● 7,9 Millionen Bürger nichtsozialistischer Staaten und aus Berlin (West) haben 1975 die DDR besucht. 2,7 Millionen DDR-Bürger reisten im gleichen Jahr in diese Staaten und nach Berlin (West).

Allerdings stehen Regierung und gesellschaftliche Kräfte der DDR auf dem Standpunkt, daß die Beschlüsse von Helsinki als Einheit gesehen und realisiert werden müssen, wobei die zehn Punkte sozusagen den Kodex der Anwendung der friedlichen Koexistenz darstellen. Sie betrachtet das Schlußdokument nicht als eine Sammlung politischer Maximen, aus denen jeder sich auswählen kann, was ihm ins Konzept paßt. Wir wissen, daß die Gegner von Helsinki das immer wieder versuchen. Aber es vereinbart sich mit dem Schlußdokument der KSZE nicht, die Grenzen unseres Staates zu ignorieren, dort zu provozieren, uns immer wieder zu veranlassen, darauf zu reagieren, und dann auch noch mit Helsinki zu agitieren. So kann es nicht gehen. Grenzfragen sind Friedensfragen. Wer Grenzen mißachtet, mißachtet den Frieden. Dem Geist von Helsinki widerspricht es auch, das Schlußdokument für Menschen, Informationen und Meinungen in Anspruch zu nehmen, die selbst diesem Geist widersprechen.

Unsere Grenzen sind durchlässig für jeden, der in friedlicher Absicht zu uns kommt. Das beweisen die Besucherzahlen, die ich soeben genannt habe. Für 1976 werden sie voraussichtlich noch höher sein als für 1975. Unsere Grenzen schließen sich hermetisch, wenn Leute sie überschreiten wollen, um uns zu schaden.

So halten wir das mit dem Dokument von Helsinki – offen für alles, was dem Frieden und der Verständigung dient, verschlossen gegen alles, was ihm schadet. Wir wissen uns darin mit allen friedliebenden Kräften einig. Die Schlußakte der KSZE ist ganz gewiß kein Dokument, das von dem Ehrgeiz diktiert wurde, objektive Notwendigkeiten im internationalen Raum zu ignorieren oder auszuschließen. Zu diesen Notwendigkeiten gehört, daß wir uns mit imperialistischen, friedens- und entspannungsfeindlichen Kräften prinzipiell auseinandersetzen. Für solche Kräfte kann und soll das Dokument der KSZE nicht als Rettungsanker gedacht sein. Und es kann kein Freibrief für Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sein.

Die Staatsführung der DDR kann guten Gewissens und mit einem beachtlichen Fundus an konkreten Beiträgen aufwarten, wenn nächstes Jahr in Belgrad abgerechnet wird, was in Auswertung von Helsinki geschehen ist.

Gemeinsam mit den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages hat die DDR auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses Ende November 1976 in Bukarest erneut ihre Entschlossenheit bekräftigt, alle Bestimmungen der Schlußakte der KSZE strikt einzuhalten und zu verwirklichen, und alle anderen Signatarmächte von Helsinki aufgerufen, ebenso zu verfahren. Von Bukarest war vor zehn Jahren eine bedeutsame Initiative der Staaten des Warschauer Vertrages zum Zustandekommen der KSZE ausgegangen. Jetzt konnte auf der Grundlage der Schlußakte vorgeschlagen werden, die Entspannung zu materialisieren und zwischen den Unterzeichnerstaaten von Helsinki zu vereinbaren, daß keiner dieser Staaten gegen einen anderen als erster Kernwaffen anwendet.

Christen in der DDR haben gelernt, Verantwortung für den Frieden in gesamtgesellschaftlichen Dimensionen zu praktizieren. Ihre Kirchen befinden sich – das wird etwa bei einer Analyse der Konsultation deutlich, die die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) 1975 in Buckow durchführte – in der glücklichen Lage, ihre als notwendig erkannten Friedensinitiativen nicht gegen die Politik ihres Staates durchsetzen zu müssen, sondern sie verwirklichen zu können, indem sie sozialistische Friedensinitiativen aufgreifen und unterstützen. In unserem Lande können Christen im Einklang mit Regierung und gesellschaftlichen Kräften „freimütig und mit nüchternem Blick für das jeweils Mögliche sich dafür einsetzen, daß die Prinzipien der Schlußakte in der jeweiligen Lebenssituation verwirklicht werden“, wie es das Kommuniqué der KEK-Konsultation fordert.

Wir freuen uns darüber, daß zu den Kräften der demokratischen Öffentlichkeit, die Vorbereitung, Durchführung und Abschluß der KSZE nachdrücklich unterstützten, auch kirchenleitende Gremien und Persönlichkeiten der DDR gerechnet werden können. Es ist dies gewiß als Ausdruck der guten Absicht zu werten, dem Friedensengagement weiter Kreise der Gläubigen auch durch kirchliche Initiativen Rechnung zu tragen.

Zweierlei scheint mir daran bemerkenswert:

Erstens meine ich, daß Engagement für Frieden, Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit im Sinne der KSZE-Dokumente dann am wirksamsten ist, wenn es die Ergebnisse

von Helsinki nicht an dem „Korb III“ reflektiert, sondern diese Ergebnisse als Ganzes unter Priorität der Sicherheit in Betracht zieht.

Es ist uns in diesem Zusammenhang sehr interessant, wenn eine kirchenleitende Persönlichkeit wie der Bischof der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, Dr. Fränkel, in einer Würdigung der Ergebnisse der KSZE sagt: „Die Erkenntnis vom Primat des Friedens hat das Ergebnis von Helsinki ermöglicht. Diese Erkenntnis kann in dem, was aus ihr folgt, kaum unterschätzt werden. Gilt der Primat des Friedens, so bedeutet das eine Relativierung aller anderen Fragen. Bei allen Entscheidungen heißt die maßgebende Frage: ‚Was dient dem Frieden?‘“

Zweitens hat sich gezeigt, daß der Einfluß der öffentlichen Meinung auf Friedens- und Entspannungsiniciativen um so größer ist, je früher er bemerkbar wird und je größer die Zahl der Gruppierungen ist, die solchem Einfluß Nachdruck verleihen.

Diese gute Erfahrung haben die Kirchen ebenso machen können wie die Christliche Friedenskonferenz und auch die Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten.

Beides scheint mir im Blick auf die künftigen Aufgaben, die vor der europäischen Öffentlichkeit stehen, besonders wichtig. Denn die KSZE konnte ja kein Schlußpunkt sein, sondern sollte vielmehr als Ausgangspunkt neuer Friedensiniciativen verstanden werden.

Von Christen aus nichtsozialistischen Ländern werden wir zuweilen gefragt, ob unsere aktive Unterstützung sozialistischer Verteidigungspolitik nicht ein Widerspruch zu christlichem Friedensengagement sei. Und wir verhehlen nicht, daß mancher Christ auch in unserem Lande da noch ein gewisses Spannungsfeld sieht.

Aber es ist ja gewiß unstreitig, daß die gegenwärtige Welt-situation noch ernste Gefahren für den Frieden birgt. Gerade der Prozeß, in dem sich das internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Friedens verändert hat, rief die Gegner der Entspannung auf den Plan.

Ein Blick in die Welt von heute zeigt einerseits, daß der friedensfeindliche Imperialismus diese Welt und ihre Hauptentwicklungslinien nicht mehr bestimmt und nie mehr bestimmen wird. Das hat die Kraft der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten bewirkt. Das Verhältnis der Kräfte im internationalen Raum hat sich zugunsten des Friedens grundlegend geändert. Andererseits zeigt sich, daß der Imperialis-

mus ein gefährlicher Widersacher des Friedens und der Friedenskräfte geblieben ist.

Die Dokumentation des DDR-Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft „Das Wettrüsten – Anachronismus unserer Zeit“ (August 1976) zitiert westliche Militärexperten. In einem Buch mit dem bezeichnenden Titel „Ist der Krieg noch zu retten?“ legten sie dar: „Ist es unsere Absicht, den Kommunismus zu bekämpfen, so folgt daraus, daß unser alles überragendes Ziel nicht der Frieden um jeden Preis ist, sondern die Zerstörung ... des Kommunismus...“ Das bedarf wohl keines Kommentars.

Wir wissen, daß das kein Gerede von Außenseitern ist, sondern durchaus ernst zu nehmende politische Strategie. Das zeigt der Militarisierungsprozeß der Wirtschaft führender imperialistischer Staaten.

Immer höher steigen die Rüstungsausgaben in kapitalistischen Ländern. Während sie in den NATO-Staaten von 1967 bis 1970 jährlich um 4 Prozent stiegen, erhöhten sie sich von 1970 bis 1974 um 26 Prozent. 1975 gaben diese Staaten rund 143 Milliarden Dollar für die Rüstung aus. Mit solchen Steigerungsraten seien, wie auf einer NATO-Tagung in Brüssel erklärt wurde, die Inflationsauswirkungen „mehr als ausgeglichen“.

Stets wird der Rüstungswettkampf des Imperialismus damit begründet, daß die „kommunistische Bedrohung“, die „sowjetische Gefahr“ ständig wachse. Dafür, daß das eine Lüge ist, gibt es keinen besseren Beweis als die Entwicklung des Verteidigungsetats in sozialistischen Ländern. Vorhin haben wir gesehen, welche enorme Steigerungsraten die Rüstungskosten der NATO aufweisen. In der UdSSR hingegen sanken die Verteidigungsausgaben von 17,9 Milliarden Rubel 1972 auf 17,4 Milliarden im Jahre 1976, und der Anteil der Militärausgaben an den Mitteln des Staatshaushaltes verringerte sich von 10,3 Prozent 1970 auf 7,8 Prozent im Jahre 1976. In der DDR sank der Anteil der Ausgaben für nationale Verteidigung und Sicherheit am Staatshaushalt von 9 Prozent 1971 auf 7,7 Prozent 1976.

Dem Grundcharakter des Sozialismus zufolge sind Aufwendungen für militärische Zwecke in sozialistischen Staaten von nichts anderem bestimmt als von der Notwendigkeit, sich wirksam zu schützen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger an Personal und Material wird eingesetzt.

Zur Friedenssicherung gehört auch die Aufrechterhaltung der Verteidigungskraft der sozialistischen Staaten. So sieht es auch die Mehrzahl der Christen bei uns. Wie alle sozialisti-

schen Staatsbürger leisten sie ihren Beitrag zur Verteidigungsbereitschaft ihres Landes.

Sie gehen von der historischen Wahrheit aus, daß es gerade die Armeen und Waffen sozialistischer Länder waren, durch die Kriegsbrände, die von imperialistischen Kräften entfacht worden waren, ausgetreten werden konnten. Das gilt vom zweiten Weltkrieg ebenso wie vom Interventionskrieg gegen das vietnamesische Volk und dem Einfall rassistischer Truppen aus Südafrika in Angola. Und immer öfter scheitern Aggressionspläne imperialistischer Staaten an der Präsenz sozialistischer Verteidigungskraft.

Mancher von Ihnen mag vielleicht erschrecken, wenn ich das auf eine so kurze Formel bringe und daraus schlußfolgere: Dienst in unserer Nationalen Volksarmee ist wohlverständlicher Friedensdienst, ist Schutz dessen, was wir uns erarbeitet haben.

So sehen es viele junge christliche Bürger. Das veranlaßt sie, ihre Dienstzeit in der Nationalen Volksarmee nicht nur schlechthin zu absolvieren, sondern dabei ihr Bestes zu geben.

Wir begrüßen das nicht nur, wir unterstützen diese Bereitschaft nach besten Kräften. Schon bei unseren Kindern durch Elternhaus, Schule und Jugendverband, später in Lehre und Beruf, fördern wir diese Einstellung.

Mit Recht sprechen wir von der Militärpolitik unseres Staates als Verteidigungspolitik, von seinen Militärausgaben als Verteidigungsausgaben.

Abrüstung ist dem Sozialismus wesenseigen. Sein Bestreben sind Beziehungen zwischen den Staaten, durch die Rüstung letztlich überflüssig wird. Deshalb macht er immer wieder konstruktive Vorschläge zu wirksamer Abrüstung. Christen sehen darin einen wirksamen Beitrag zur Realisierung des biblischen Anliegens, aus Schwertern Pflugscharen und aus Speießen Sicheln zu machen. Im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen ist das eine Überlebensfrage für die Menschheit.

So setzt sich denn auch die DDR für Materialisierung der Entspannung ein. Das heißt beispielsweise, daß sie Abrüstungsverhandlungen und Abrüstungsmaßnahmen unterstützt, bis hin zur Durchführung einer weltweiten Abrüstungskonferenz. Sie ist bereit, die ihr dabei zufallenden Verpflichtungen zu übernehmen.

Besonders wichtig ist Materialisierung der Entspannung in Mitteleuropa. Nirgendwo anders auf der Welt stehen sich Streitkräfte in solch hoher Konzentration und mit solch modernen Waffen gegenüber. Einflußreiche Kreise aus dem militärisch-industriellen Komplex imperialistischer Mächte sind

hier konzentriert und stemmen sich der Entspannung entgegen. Das macht Verhandlungen wie die in Wien über die gegenseitige Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa so wichtig und zugleich so kompliziert. Die sozialistischen Staaten tragen dem Rechnung, indem sie prinzipienfest, konstruktiv und flexibel um gegenseitig akzeptable Lösungen bemüht sind. Das Dokument von Helsinki ist dabei eine durchaus tragfähige völkerrechtliche Plattform, verbrieft es doch so bedeutsame Grundsätze für die Abrüstung wie die territoriale Integrität und die Souveränität der Staaten, Nichteinmischung und Gewaltverzicht.

Den Wiener Verhandlungen liegen Prinzipien zugrunde, die von allen Teilnehmern anerkannt sind. Sie lauten:

1. Unverminderte Sicherheit aller Beteiligten.
2. Gegenseitigkeit der Reduzierungen.
3. Gleichheit aller direkten Teilnehmer (UdSSR, ČSSR, VRP, DDR; USA, England, Kanada, Belgien, Niederlande, Luxemburg, BRD).
4. Verminderung von Streitkräften und Rüstungen.

Auf dieser Basis bauen die Vorschläge der sozialistischen Staaten auf. So bieten sie an, das Streitkräfteniveau der Verhandlungspartner während der Dauer der Gespräche zahlenmäßig „einzufrieren“. Sie sind bereit, den NATO-Wünschen gemäß zunächst nur über die Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen der UdSSR und der USA auf dem Kontinent zu verhandeln. Sie schlagen vor, die Streitkräfte und Rüstungen aller beteiligten Mächte in Mitteleuropa um 15 Prozent zu reduzieren. Damit würden militärische Formationen aller elf direkten Teilnehmerstaaten erfaßt. Es könnte auf mehrere hunderttausend Soldaten verzichtet werden.

Insgesamt beruht die Verhandlungsbereitschaft der sozialistischen Länder in Wien nach wie vor auf dem festen Willen, ein für alle Menschen und Völker in Mitteleuropa günstiges Ergebnis zu erreichen. Wie groß ihr Wille zu beweglichem Vorgehen dabei ist, legte Leonid Brezhnev am 25. Oktober 1976 dar. Er erklärte: „Wir schlagen dort konkrete Lösungen vor, die zu einer Verringerung der sich in Europa gegenüberstehenden Truppen führen würden, ohne einer der Seiten zum Schaden zu gereichen. Wir sind bereit, auch Gegenvorschläge zu diskutieren, die auf eben jenen Prinzipien basieren. Wir sind bereit zu weiteren gemeinsamen konstruktiven (tatsächlich konstruktiven, ehrlichen, aber nicht auf einseitigen Vorteil abzielenden) Untersuchungen, zu Gesprächen mit unseren Partnern auf beliebiger Ebene, meinestwegen bis zur höchsten.“

Angesichts des Nutzens solcher Vereinbarungen für die werktätigen Menschen in allen europäischen Ländern scheint es mir bedeutsam, daß die Initiativen der Öffentlichkeit verstärkt auf die Möglichkeit von Abrüstungsvereinbarungen hinweisen, die für alle Beteiligten tragbar sind. Wir registrieren dabei, daß auch die Kirchen solche Initiativen ergreifen. Damit veranlassen sie zahlreiche gläubige Menschen auch in Westeuropa dazu, die Materialisierung der Entspannung zu unterstützen.

Wir sind überzeugt, daß die Volkskräfte entscheidend dazu beitragen können, die Schranken zu überwinden, die von Rüstungsinteressenten gegen die Abrüstung aufgerichtet worden sind.

In diesem Zusammenhang ist es zu begrüßen, daß eine große Initiative dazu von der Weltkonferenz für die Einstellung des Wettrüstens, für Abrüstung und Entspannung ausgegangen ist. Wir halten es für sehr nützlich, daß auf dieser Konferenz Ende September 1976 in Helsinki Repräsentanten demokratischer, fortschrittlicher Gruppen aus mehr als 90 Ländern und 50 internationalen Organisationen vertreten waren. Beachtlich ist dabei, daß mehr als 60 Angehörige der großen christlichen Konfessionen und Repräsentanten des Buddhismus ihre Gedanken in den Konferenzinhalt einbringen konnten. Christen aus Ländern unterschiedlicher sozialer Struktur waren sich darin einig, daß die Forderung des Kongresses, die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen und den Entspannungsprozeß auf die ganze Erde auszudehnen, eine wesentliche Voraussetzung für den Menschheitsfortschritt ist.

Für Juni 1977 hat Patriarch Pimen, das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche, religiöse Repräsentanten zu einer Weltkonferenz für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen unter den Nationen nach Moskau eingeladen. Die Christlich-Demokratische Union befürwortet diesen Kongreß auf das wärmste.

Ganz gewiß handeln alle kirchenleitenden Persönlichkeiten, die solche Manifestationen wie die Weltkonferenzen von Helsinki und von Moskau aktiv unterstützen und deren Anliegen fördern, im Sinne der Gläubigen in aller Welt.

Zusammenfassen möchte ich die Gedanken zum Frieden mit einem Wort, das uns aus dem Herzen gesprochen ist. Der Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erich Honnecker, erklärte auf dem IX. Parteitag der SED: „Frieden ist eine Grundbedingung für den weiteren erfolgreichen Aufbau der sozialistischen und kommunistischen Ge-

sellschaft. Seine Erhaltung ist für die gesamte Menschheit so wichtig wie das tägliche Brot. Im Kampf um den Frieden werden wir uns von niemandem übertreffen lassen.“

Nun einige Bemerkungen zu sozialer Gerechtigkeit.

Auch sie steht in enger Wechselwirkung mit dem gesellschaftlichen Fortschritt. Wir sind uns doch wohl darüber einig, daß der soziale Gehalt ethischer Postulate des Christentums bei weitem nicht so gering ist, wie das in der Vergangenheit manchmal angenommen wurde. Es scheint mir geradezu unchristlich, die Sorge um soziale Gerechtigkeit anderen zu überlassen und sich darauf zu berufen, daß die Welt ja ohnehin niemals vollkommen sein könne.

Soziale Gerechtigkeit setzt eine gerechte Sozialordnung voraus. Im sozialistischen Staat gibt es keine Klassen und Schichten mehr, die sich unversöhnlich gegenüberstehen. Also dient er nicht irgendwelchen Gruppeninteressen, sondern den Interessen aller Bürger. Die sozialistische Ordnung ist eine Ordnung durch die Menschen für die Menschen.

Was uns mit unserem Staat ebenfalls besonders fest verbindet, ist der sozial gerechte Charakter dieser Ordnung.

Die Voraussetzungen für soziale Gerechtigkeit sind in unserem Lande mit der Sozialisierung der Hauptproduktionsmittel geschaffen worden. Der Anfang dazu war die Industriereform, also die Übernahme der Betriebe von Kriegs- und Nazi-verbrechern in Volkseigentum. Durch die Bodenreform, also die Übergabe der Ländereien von Großgrundbesitzern an werktätige Bauern, kam das Land in die Hände derer, die es bebauen.

Auch dabei hat sich ein Lernprozeß für Christen vollzogen.

Private Eigentümer von Produktionsmitteln mußten von der Macht verdrängt werden, damit sozialer Gerechtigkeit der Grundstein gelegt werden konnte. Dennoch fragte dieser oder jener christliche Werktätige, ob er denn richtig handle, wenn er für die Überführung von Privateigentum an Produktionsmitteln in Volkseigentum eintrat, wo doch so mancher Unternehmer mit ihm zusammen den gleichen Glauben bekannte.

Er hat damals noch nicht gesehen und vielleicht auch gar nicht sehen können, daß ungeachtet des gleichen Glaubensbekenntnisses die sozialen Interessen von Großkapitalisten und Großgrundbesitzern einerseits und die des werktätigen Volkes andererseits in Gegensatz zueinander standen. Nun war die Zeit gekommen, den Belangen der Werktätigen Rechnung zu tragen. Das war eine soziale, eine Klassenfrage und keine Glaubensfrage. Aber das zu erkennen fiel manchem Christen gar nicht leicht.

Ich erinnere mich noch gut der vielen Diskussionen aus den Anfangsjahren, in denen uns, die wir die großen Reformen unterstützen, vorgeworfen wurde, wir verstießen gegen das siebente Gebot.

Hilfreich in diesem Lernprozeß war die allmählich wachsende Einsicht, daß sich hier im Verhältnis zwischen christlichem Bekenntnis und alltäglicher Wirklichkeit etwas zu verändern begann. Das Gebot der Nächstenliebe stand nun nicht länger mehr im Schatten der rauen Wirklichkeit einer klassenantagonistischen Gesellschaft, einer Wirklichkeit, die oft genug forderte: „Jeder ist sich selbst der Nächste.“ Nächstenliebe brauchte nicht mehr gegen gesellschaftliche Praxis und als Korrektur ihrer inhumanen Folgen geübt zu werden, sondern gelangte in Einklang mit dem gesellschaftlichen Alltag.

Mit den kapitalistischen Formen des Wirtschaftens verschwand auch die Notwendigkeit, daß Menschen in den Kategorien der Konkurrenz gegeneinander denken und handeln. Nicht länger mehr ist der Vorteil des einen der Nachteil des anderen. Gemeinsam können sie schaffen, was ihnen gemeinsam dient.

Nicht, daß bei uns schon alles vollkommen wäre. Noch gibt es beträchtliche Überreste kapitalistischer Denk- und Verhaltensweisen, wie Egoismus, Habsucht, Lieblosigkeit, Unduldsamkeit und ähnliches, auch bei Christen. Solche und andere bürgerliche Gewohnheiten von früher wirken noch bei uns, auch Gewohnheiten, die zuweilen sogar den Schein christlichen Gepräges erwecken, ohne es zu besitzen.

Ich will gar nicht verschweigen, daß wir uns die Überwindung alles dessen einfacher vorgestellt hatten. Aber was über viele Generationen hinweg den Menschen als Verhaltensmuster eingeschliffen wurde, verliert sich eben doch nicht so leicht.

Soziale Gerechtigkeit konnte in unserem sozialistischen Staat freilich nicht mit einem Schlage voll verwirklicht werden. Dafür fehlte es nach dem Sieg der sozialistischen Revolution, noch dazu nach einem verheerenden Krieg, einfach an den entsprechenden materiellen Voraussetzungen. Um all das, was Menschen brauchen, zu schaffen, hatte zunächst einmal der Aufbau von Industrie und Landwirtschaft den Vorrang.

Jahrelang haben andere Anliegen, so berechtigt sie sein mochten, zurückstehen müssen. „Erst mehr arbeiten, dann besser leben“, hieß damals die Losung. Sie war hart, aber notwendig. Damals wie heute konnten wir nur verbrauchen, was wir erzeugten. Aber das war 1950 noch nicht einmal ein Fünftel dessen von 1975. Da konnten leider auch den Rentnern

in den ersten Jahren nur sehr bescheidene Zuwendungen gemacht werden. Denn die Gelder, die ihnen unter kapitalistischen Verhältnissen in einem langen und oft harten Arbeitsleben als Rentenversicherung vom Lohn abgezogen worden waren, waren ja im Krieg buchstäblich verpulvert worden. Jede Mark für Rentenzahlungen mußte nach 1945 bei uns von den Werkträgern erst neu erarbeitet werden.

Soziale Gerechtigkeit findet bei uns ihren Ausdruck in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das heißt, daß die wirtschaftlichen Ergebnisse in hohem Maße einem weitgespannten sozialen Programm zugute kommen.

Dadurch kann der Staat beispielsweise die Mieten niedrig halten. Im staatlichen Wohnungsbau kostet der Quadratmeter Wohnfläche pro Monat 80 Pfennige bis 1,25 Mark Miete. Den Ausgleich bis zu den tatsächlichen Kosten von 3 Mark trägt der Staat. Im Durchschnitt erfordert die Wohnungsmiete nur 2,7 Prozent der Einkünfte eines Arbeiterhaushalts. Das ist ein Ausdruck sozialer Gerechtigkeit. Niemand muß mehr auf eine Wohnung deshalb verzichten, weil er die Miete nicht bezahlen kann.

Nicht, daß der Sozialismus der Himmel auf Erden wäre oder irgendwann werden könnte. Es gibt bei uns noch vieles, was der Lösung bedarf. Gerade der Wohnungsmangel bereitet noch große Sorgen. Er schafft Probleme in den Familien, ist ein Faktor unserer hohen Scheidungsquote und Anlaß zur Sorge für die staatlichen Organe. Aber man nenne mir einen nichtsozialistischen Staat auf der Welt, der sich vornehmen könnte: 1990 ist das Wohnungsproblem als soziales Problem gelöst. Die DDR hat dieses Ziel. Und wenn unsere Wirtschaft sich ungestört weiterentwickeln kann, wird es auch erreicht werden.

Heute sorgt unser System der Wohnungsvergabe im Bemühen um soziale Gerechtigkeit dafür, daß Neubauwohnungen an die gegeben werden, die sie am nötigsten brauchen. Dabei gilt die Aufmerksamkeit vornehmlich kinderreichen Familien, Familien von Produktionsarbeitern und solchen, in denen Familienangehörige in Schichtarbeit stehen. Sie können auch Eigenheime zu recht günstigen Bedingungen bauen. Die Zahl der Plätze in Altersheimen wird systematisch erhöht, wie es dringend notwendig ist.

Mietzuschüsse sind übrigens nur ein Teil von Leistungen aus Staatsmitteln für die Aufrechterhaltung stabiler Preise und Tarife sowie für Volksbildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Kultur, Sport und Freizeitgestaltung.

Diese Leistungen werden als gesellschaftliche Fonds bezeichnet.

net. Von 1976 bis 1980 sind zwischen 207 und 210 Milliarden Mark dafür vorgesehen, ein Drittel mehr als im vorigen Fünfjahrplan. Eine vierköpfige Familie kann damit rechnen, daß sie aus dieser „zweiten Lohntüte“ zur Zeit im Durchschnitt monatlich rund 600 Mark erhält.

Besondere Fürsorge des Staates gilt der Förderung von Familien.

Bei Erst-Ehen, deren Partner nicht älter als 26 Jahre sind und deren gemeinsames Bruttoeinkommen 1400 Mark im Monat nicht übersteigt, wird ein zinsloser Kredit von 5000 Mark für Wohnungseinrichtung gewährt. Er wird bei Geburt von Kindern schrittweise erlassen; restlos bei Geburt des dritten Kindes.

Berufstätige Mütter erhalten einen Schwangerschafts- und Wochenurlaub von 26 Wochen. Bei der Geburt des zweiten Kindes und jedes weiteren können sie bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes bezahlte Freistellung von der Arbeit in Anspruch nehmen, wenn sie es in häuslicher Pflege selbst betreuen wollen.

Vollbeschäftigte berufstätige Mütter mit drei und mehr Kindern (bei Schichtarbeit ab zwei Kindern) haben bei voller Lohnzahlung eine Arbeitszeit von 40 Stunden statt 43¼ Stunden pro Woche. Um drei bis neun Tage verlängert sich der Jahresurlaub für vollbeschäftigte werktätige Mütter mit zwei und mehr Kindern.

Die Betreuung und Versorgung eines Kindes in Kinderkrippe oder Kindergarten kostet die Eltern pro Tag nur 80 Pfennige bis 1,40 Mark.

1,8 Millionen Schüler und 700 000 Kindergartenkinder erhalten täglich ein warmes Mittagessen. Die Eltern bezahlen dafür 55 Pfennige pro Portion, kinderreiche Eltern gar nichts.

Familien mit drei und mehr Kindern unter 16 Jahren erhalten Fahrpreisermäßigungen und viele andere finanzielle Vergünstigungen.

Frauen mit mindestens fünf Kindern ohne eigenen Rentenanspruch erhalten Altersrente.

Die Lohnpolitik der DDR baut auf der Leistung auf. Doch gerade in den letzten fünf Jahren sind im Zuge unseres großen Sozialprogramms insbesondere die niedrigen Lohngruppen wesentlich angehoben worden. Seit dem 1. Oktober 1976 verdient kein Werktätiger mehr weniger als 400 Mark monatlich.

Ganz wichtige Bedeutung hat die Frage der stabilen sozialen Sicherheit. Sie ist ein Grundbestandteil sozialer Gerechtigkeit. Was eine Wirtschaft wert ist, die keine Krisen, keine Inflation,

keine Arbeitslosigkeit kennt, wird angesichts der Situation in vielen nichtsozialistischen Ländern um so deutlicher.

Sozialistische Lebensweise ist nun allerdings weit mehr als nur materieller Wohlstand. Gewiß, unsere Ordnung fördert diesen Wohlstand nach Kräften. Aber damit geht einher die Förderung des geistig-kulturellen Lebens, der guten, freundschaftlichen, freien, harmonischen Beziehungen der Menschen zueinander, der gegenseitigen Hilfe und kameradschaftlichen Zusammenarbeit in den Betrieben wie in den Städten und Dörfern, unter den Jungen und den Alten.

Auch dieser Gleichklang von Wohlstand und Humanismus aber funktioniert nicht von selbst. Wir sehen diese beiden Faktoren als Einheit und möchten sie auch immer so praktizieren wissen.

Eines unserer Probleme ist dabei, daß mancher die materielle Seite überbetont. Auch bei uns gibt es Spielarten von Konsumdenken. So sind wir keineswegs dagegen, daß ein privates Kraftfahrzeug zum Lebensstandard gerechnet wird. In Berlin haben 30 von 100 Haushalten einen Kraftwagen. Aber das führt zu Garagenwünschen, die oft weder vom Platz noch vom Baustoffbedarf her erfüllt werden können.

Seit vielen Jahren haben wir die Fünf-Tage-Arbeitswoche. Und unser sozialpolitisches Programm sieht eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit vor. Doch wir würden uns wünschen, daß zum Beispiel die vielen Möglichkeiten zu schöpferisch-kultureller Selbstbetätigung, zu Sport und ähnlichem noch besser genutzt würden.

Das alles kann man nur sehr beschränkt mit staatlichen Steuerungsmechanismen in die richtigen Bahnen lenken. Vieles ist einfach eine Sache der Persönlichkeitsbildung. Und dazu leisten viele Christen in verantwortlichen Positionen in Staat und Gesellschaft seit langem einen angemessenen und anerkannten Beitrag.

Im ganzen aber gilt wiederum, daß diese Gesellschaft so eingerichtet ist, daß sie solche Widersprüche überwinden kann. Sie sind ihr nicht immanent, und es ist eine Sache der Menschen, mit ihnen fertig zu werden.

IV

Christen im Bündnis

Lassen Sie mich nun den Begriff Ihres Themas „Christen im Bündnis...“ aufgreifen. Wem es um den Aufbau des Sozialismus als Ausdruck gesellschaftlichen Fortschritts, als einer

Ordnung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit zu tun ist, der muß zunächst danach fragen, welche politische Kraft in der Lage ist, ein solches umfassendes revolutionäres Werk zu vollbringen.

Daß es Besitzbürgertum und die Reste der Feudalklasse nicht sind und sein können, liegt auf der Hand. Aber auch die Christen oder die Kirchen können diese politische Kraft nicht sein. Die Christen stellen keine einheitliche soziale Gruppe dar; den Kirchen ist die Verwirklichung eines politischen Programms nicht zur Aufgabe gestellt.

Die Arbeiterklasse hingegen ist in Gegenwart und Zukunft die Hauptkraft der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und Erneuerung zum Wohle aller Klassen und Schichten des Volkes.

Ihr Klasseninteresse unterscheidet sich von den Interessen früherer herrschenden Klassen dadurch, daß es kein egoistisches ist. Die Arbeiterklasse erstrebt eine Gesellschaft, in der allen gleiche Rechte und gleiche Pflichten zugemessen sind.

Indem sich die Arbeiterklasse vom Kapitalismus befreit, indem sie die ihr gemäße Ordnung des Sozialismus und später des Kommunismus aufrichtet, befreit sie zugleich auch die anderen werktätigen Klassen und Schichten.

Sozialismus – das heißt Friedensstreben. Friede ist ja aber doch auch ein Grundinteresse der werktätigen Bauern, der Gewerbetreibenden und Handwerker, der technischen Intelligenz, der Künstler und Wissenschaftler.

Ebenso ist es mit der sozialen Gerechtigkeit, die im Sozialismus möglich wird, oder mit den gleichen Bildungschancen für alle, mit der Freiheit der Wissenschaft und Kunst von Bindungen an Ausbeuterstrukturen, mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau, mit den Entfaltungsmöglichkeiten der Jugend, der Fürsorge für die Alten als gesellschaftlichem Anliegen.

So entspricht das Klasseninteresse der Arbeiterklasse zugleich dem Grundinteresse aller Werktätigen. Diese Übereinstimmung ermöglicht das soziale Bündnis der Klassen und Schichten. Als soziale Wesen sind werktätige christliche Bürger, die der Arbeiterklasse nicht ohnehin angehören, darin einbegriffen.

Die marxistisch-leninistische Partei unseres Landes, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, entwickelt die Strategie des Kampfes um Frieden, gesellschaftlichen Fortschritt und die Stärkung der Macht der Arbeiter und Bauern.

Da dies im Interesse aller Bürger liegt, sehen die anderen vier Parteien in der DDR die grundlegenden Interessen ihrer

Mitglieder und Anhänger in kameradschaftlicher, gleichberechtigter Zusammenarbeit mit der SED am besten gewahrt.

Diese Erkenntnis führt alle Parteien in das politische Bündnis. Als Mitglieder von Parteien, als Mitarbeiter der Nationalen Front sind christliche Bürger darin einbegriffen.

Deshalb ist folgerichtig mit dem Engagement von Christen für den Sozialismus auch die Anerkennung der Tatsache verbunden, daß die Arbeiterklasse und die marxistisch-leninistische Partei die führende politische Kraft bei der Gestaltung dieser neuen Gesellschaft ist. Das ist eine objektive gesellschaftliche Notwendigkeit und keine Ermessensfrage.

Es wird Sie gewiß nicht verwundern, daß es für so manche Christen bei uns, die aus anderen sozialen Bereichen als dem der Arbeiterklasse kommen, ein langer Weg war, sich diese Erkenntnis zu eigen zu machen.

Das Zeugnis solcher christlicher Persönlichkeiten wie Emil Fuchs, Mitbegründer der CFK und Ehrenmitglied unserer CDU, war ihnen dabei hilfreich.

Es gehört zu seinem Vermächtnis, „daß es nicht gilt, den Marxismus zu widerlegen, sondern den Ruf zu verstehen, der aus ihm uns trifft, und die Erkenntnisse aufzunehmen, die er gibt, damit Werkzeuge werden, die neue Welt zu schaffen, und damit das, was in uns vom Geist Jesu Christi lebt, zur Kraft wachse, mitzuhelfen an dem Begonnenen, ... an der Neugestaltung der Gesellschaft, die sich unter marxistischer Führung vollzieht...“.

Im Zuge der Entwicklung des Sozialismus sind durch die Veränderung der Produktionsverhältnisse für immer mehr christliche Bürger aus anderen Klassen und Schichten überkommene Schranken zur Arbeiterklasse überwunden worden. Gewiß hat das an den einzelnen oft komplizierte Anforderungen gestellt. Abkehr von altgewohnten Strukturen und Verhaltensweisen ist wohl niemals einfach und leicht. Doch die Entscheidung für das Neue fiel um so konsequenter, je tiefer der einzelne in die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus eingedrungen war.

Mit der Sozialstruktur der gesamten Bevölkerung hat sich auch die Sozialstruktur in christlichen Kreisen geändert. Überwiegend sind sie sozialistische Werktätige. Einzelbauern sind zu Genossenschaftsbauern geworden. Ehemalige Unternehmer arbeiten in volkseigenen Betrieben, oft an leitender Stelle. Viele Handwerker gehören einer Produktionsgenossenschaft an oder beschäftigen als Einzelhandwerker keine fremden Arbeitskräfte mehr. Einzelhändler sind oft durch einen Kommissionsvertrag mit dem sozialistischen Handel verbunden.

Ingenieure meistern den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in engem Zusammenwirken mit Arbeitern. Viele Ärzte arbeiten in staatlichen Praxen, Rechtsanwälte in Kollegien, Wissenschaftler in sozialistischen Lehr- und Forschungsstätten. Das hat auch ihr Bewußtsein gewandelt.

Wir können aus eigener Erfahrung bestätigen, was die Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas erklärte: daß es, wie es im Dokument der Konferenz heißt, wichtig ist, „daß alle Werktätigen, ungeachtet ihrer politischen und religiösen Anschauungen, die Anstrengungen im Kampf um ihre Lebensinteressen vereinigen“. Wir haben dankbar erleben dürfen, daß gemeinsame Aktionen von Christen und Marxisten in unserem Lande „ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes für die Entwicklung Europas im demokratischen Geist, in Richtung auf den sozialen Fortschritt“ sind, wie es das Dokument ebenfalls aussagt.

Bündnispartner in der sozialistischen Gesellschaft achten einander, weil von unterschiedlichen Positionen her jeder seinen wertvollen, anerkannten und unverzichtbaren Beitrag zum Bau des Neuen leistet. Wie sich die SED zu der Entscheidung eines Bürgers stellt, seine gesellschaftliche Verantwortung in einer ihr befreundeten Partei zu praktizieren, hat Werner Lamberz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, in einer Rede vor leitenden Mitarbeitern unserer CDU dargelegt. „Überhaupt“, so erklärte er, „betrachten wir die Mitgliedschaft in einer Blockpartei, in einer Partei wie der Ihren, als ein bedeutungsvolles politisches Engagement, das von der sozialistischen Gesellschaft hoch gewertet wird.“

Das neue Programm der SED zählt das bewährte Zusammenwirken mit den befreundeten Parteien und Massenorganisationen im Demokratischen Block und in der Nationalen Front zu den Prinzipien ihrer Bündnispolitik.

Im sozialen und politischen Bündnis haben christliche Bürger immer besser gelernt, ihrer ständig wachsenden Mitverantwortung für das gesellschaftliche Ganze zu entsprechen. Politisches Abseitsstehen, so weiß die überwiegende Zahl der Christen in unserem Lande heute, ist zur Praktizierung gesellschaftlicher Konsequenzen aus christlicher Ethik ebenso vom Übel wie politisches Engagement auf der Seite von Gegnern des gesellschaftlichen Fortschritts. Dazu führte der Vorsitzende der Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Bischof D. Albrecht Schönherr, in seiner Rede zum 30. Jahrestag der Befreiung im Blick auf die Zeit vor 1945 aus: „Weithin galt es als

Zeichen von Frömmigkeit, sich politisch abstinent zu verhalten. Tatsächlich haben Christen damit, ohne es zu ahnen, das korrupte System Hitlers begünstigt. Die Erfahrungen der damaligen Zeit haben uns belehrt, daß unser Verhalten in jedem Fall politisch wirksam ist. Darum sollte unsere ganze Kraft dazu eingesetzt werden, konkrete Schritte zu Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit zu fördern oder zu ermöglichen.“

Diese Erkenntnis ist uns christlichen Demokraten seit Anbeginn unseres Wirkens Richtschnur gewesen.

Christen im Sozialismus sind jedoch nicht nur als soziale Wesen frei geworden. Auch der Praktizierung ihres Glaubens haben sich neue Dimensionen erschlossen, und den Kirchen dazu.

Lassen Sie mich in aller Kürze auf drei Bereiche hinweisen.

Erstens sind die Kirchen frei im Zeugnis, in der Verkündigung, Gottesdienst, Bibelarbeit und Religionsunterricht, der in kirchlicher Hand liegt, und andere Formen kirchlicher Arbeit, die in unserem Lande tausendfältige Realität sind, sind allein Sache der Religionsgemeinschaften. In kirchlichen Verlagen erscheinen 30 kirchliche Zeitschriften, und die religiöse Literatur macht 12 Prozent des gesamten Buchangebots der DDR aus.

Ihre Angelegenheiten regeln die Kirchen im Rahmen der für alle geltenden Gesetze eigenständig, so die Kirchenverfassung. Die Berufung von Geistlichen, vom Pfarrer bis zum Bischof, geschieht ohne staatlichen Einfluß oder kirchliche Anzeigepflicht. Der Staat aber zahlt jährlich etwa 12 Millionen Mark an Zuschüssen zu den Pfarrergehältern.

Zweitens sind die Kirchen frei zu diakonischem Dienst. In der DDR gibt es 86 kirchliche Krankenhäuser mit 12 500 Betten, 470 Heime für Alte und für Behinderte mit rund 20 000 Plätzen sowie Kinderheime, Erholungsheime, Hospize, Kindertagesstätten, Gemeindegewerkschaften. Der Staat unterstützt diese Arbeit mit 60 Millionen Mark im Jahr.

Drittens, und das scheint mir nicht unwesentlich, sind die Kirchen frei, im Geiste des Friedens zu wirken. Kein Christ, kein kirchlicher Amtsträger wird jemals für die Rechtfertigung von gesellschaftlichen Zuständen oder politischen Programmen in Anspruch genommen, die christlicher Ethik widersprechen, also etwa Aggression gegen andere Völker, Rassenhaß, Gegensätze zwischen arm und reich.

Nicht, daß die Kirchen bei uns keine Probleme hätten. Wie überall in der Welt, so hat auch in unserem Lande die kirchliche Entwicklung immer weniger volkskirchlichen Charakter. Das hat materielle und ideelle Folgen. Manche sehen darin

die Ursache für Identitätskrisen und Profilneurosen, die es hie und da im kirchlichen Raum geben mag. Für christliche Familien ist der Pfarrer der Seelsorger und nicht mehr, wie früher zuweilen, auch ihr Interessenvertreter und Vermittler dem Staat gegenüber. Die Gemeinde ist mündig geworden. Ihre Glieder tragen im täglichen Leben, in Beruf und Gesellschaft, Verantwortung. Da bedarf es auch eines neuen Verkündigungsstils, um die Gemeindeglieder anzusprechen. Kirchliche Amtsträger sind nicht mehr allein schon als solche in der Gesellschaft respektiert. Respekt genießen sie wie jeder andere Staatsbürger in dem Maße, in dem sie staatsbürgerliche Rechte und Pflichten in Einklang praktizieren.

Angesichts dessen kann es natürlich da zu Mißverständnissen kommen, wo im kirchlichen Raum bei grundsätzlicher Zustimmung zu Werten wie Friedens- und Nächstenliebe noch eine Haltung „kritischer Distanz“ besteht. Deutlich wird das oftmals in Brennpunkten politischen Geschehens, in Bewährungs- und Entscheidungssituationen, wie es sie immer wieder gibt.

Ich möchte das an drei Bereichen darstellen:

So werden für die Sache des Friedens gewiß alle kirchlichen Amtsträger eintreten. Es ist auch erfreulich, daß sie sich in überwiegender Zahl zum Friedenskampf als antiimperialistischem Kampf bekennen. Ich kann leider nicht feststellen, daß auch alle schon unsere Erkenntnis aufgenommen haben, daß der wirkungsvollste Friedensdienst die Tat für den sozialistischen Aufbau ist.

Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die zu so großen Erfolgen bei der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen geführt hat, wird wohl auch in kirchlichen Kreisen einhellig begrüßt. Aber mir scheint, es haben noch nicht alle die Einheit von Leistungs- und Lebensniveau als unverzichtbare Voraussetzung dieser Erfolge erkannt.

Denken wir schließlich daran, daß die Kirchen die Trennung von Staat und Kirche als einen Segen für beide Seiten betrachten. Dennoch fällt es einigen kirchlichen Amtsträgern offenbar noch heute schwer, einzusehen, daß die Trennung von Thron und Altar auch die Trennung von Kanzel und Katheder einschließt.

Solche Verhaltensweisen haben sicher mannigfache Gründe. Da wird oft nicht bis zu Ende gedacht. Da werden Zusammenhänge im politischen Raum nicht immer richtig gesehen. Da gibt es auch manche Kleingläubigkeit. Vielleicht sind sogar hier und da gegnerische Einflüsse wirksam geworden. So konnte es dazu kommen, daß dieser und jener nicht immer

konsequent für den gesellschaftlichen Fortschritt eingetreten ist.

Das Maß an Konsequenz im Denken aber war schon früher wesentlich für das Maß der Fruchtbarkeit sozialen Handelns von Christen. Das zeigt ein Blick in die Geschichte.

Manchen von Ihnen werden dabei vielleicht spontan Thomas Müntzer und Martin Luther einfallen. In der Frage, daß den unterdrückten Bauern geholfen werden müsse, waren sie sich zunächst einig. In der Frage, wie das geschehen solle, schied der klassische Gegensatz von Revolutionär und Reformist den Pastor vom Reformator.

Oder denken wir an Persönlichkeiten wie Wilhelm Zimmermann und Johann Hinrich Wichern. Evangelischer Theologe der eine, Verfasser der „Allgemeinen Geschichte des großen Bauernkrieges“, setzte er sich 1848 entschlossen für die Sache der Revolution ein und gehörte 1849 dem sogenannten Rumpfparlament an. Im Blick auf Zimmermanns Werk über den Bauernkrieg sagte Friedrich Engels: „Derselbe revolutionäre Instinkt, der hier überall für die unterdrückte Klasse auftritt, macht ihn später zu einem der Besten auf der äußersten Linken in Frankfurt.“ Evangelischer Theologe der andere, einer der Väter des großen Werkes der Diakonie, des Hilfswerkes für die, die sich selber nicht helfen können. Vom September 1848 datiert seine Losung von der „Inneren Mission“, fortwirkend bis heute. Aber die Revolution vom gleichen Jahr hat er „das allgemeine Verbrechen gegen das Ganze des Staates“ genannt und gemeint, daraus ergäben sich „alle übrigen Verbrechen gegen Leib und Leben, materielles und geistiges Eigentum, Ehre und Sitte“.

Führen wir uns schließlich Otto Nuschke und Friedrich Naumann vor Augen. Der eine war mutig genug, als Christ und bürgerlicher Politiker schon frühzeitig auf die fundamentale Bedeutung der jungen Sowjetmacht für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu verweisen. Es war eine Art Fazit seines Lebenswerkes, seiner ständigen Mahnung zur Freundschaft mit der Sowjetunion als der größten Friedensmacht der Erde, wenn er wenige Wochen vor seinem Tode auf einer Kundgebung zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau ausrief: „Völker! Überhört nicht wieder die Signale!“ Der andere hatte erklärt: „Wir haben nicht vor, Schutzwächter einer zerbröckelnden Vergangenheit zu sein.“ Aber eben das ist er geworden, weil er nicht zur richtigen Konsequenz finden konnte, weil er die Kräfte nicht erkennen mochte, die diese zerbröckelnde Vergangenheit wirklich überwinden konnten. Noch kurz vor seinem Tode lieh er sogar jener „Antibolsche-

wistischen Liga“ sein Wort, die die Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg organisierte. Über ihn sagt Emil Fuchs: „Der ‚Christ‘ Naumann kapitulierte vor den Gewalten, die diese Welt durchtobten. In ihm schrie nicht die Stimme des Jüngers Jesu, eine Welt, in der es nicht möglich ist, nach christlichem Gewissen zu handeln und zu herrschen, so grundsätzlich zu ändern, daß dieses möglich sein wird...“

Eben die Überzeugung von der fundamentalen Veränderbarkeit der Welt zu Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit der Menschen unterscheidet in der Tradition christlicher Gesellschaftsverantwortung den Revolutionär vom Reformisten oder gar Reaktionär.

Das radikale und konsequente Umdenken, das progressive christliche Persönlichkeiten gewöhnlich zu einer solchen Haltung vollziehen mußten, ist typisch für ungezählte christliche Mitbürger in unserem Lande wie ja auch für uns selber. So wurden sie frei zur Mitarbeit an der Gestaltung ihrer sozialistischen Heimat, frei von Vorurteilen gegen die Zusammenarbeit mit Marxisten.

Ich war vom Gedanken „Christen im Bündnis“ ausgegangen. Lassen Sie mich noch betonen, daß unsere Partei in der Zusammenarbeit im Bündnis nicht etwa an Eigenständigkeit verloren, sondern vielmehr an Profil gewonnen hat. In die Entscheidungsprozesse der sozialistischen Gesellschaft ist sie wie alle Parteien einbezogen.

Das bedeutet allerdings für uns christliche Demokraten große Verantwortung. Das ist auch nicht immer bequem und schon gar nicht einfach. Aber war der Christen gegebene Auftrag jemals einfach? Mit dem ganzen Volk der DDR sind wir Christen im Sozialismus in gesellschaftliche Verantwortung gerufen. Die sozialistische Gesellschaft entsteht und entwickelt sich nun einmal nicht durch das Management einer kleinen elitären Schicht, sondern ist das Werk der Masse des Volkes. So stellt dieses umfassende Gemeinschaftswerk des sozialistischen Aufbaus sehr hohe moralische Anforderungen an das einzelne Glied der Gesellschaft.

Gleich, ob Christ, Marxist oder Vertreter anderer humanistischer Auffassungen, trägt jeder außer der Verantwortung in seinem engeren Lebens- und Arbeitsbereich ein Stück Staatsverantwortung. Der Staat begegnet ihm nicht mehr als Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat und der er untertan ist, sondern als sozialistische Demokratie, in der die Staatsinteressen zugleich auch die Grundinteressen der Staatsbürger sind.

So fließen in die Behandlung von Problemen mit politischer Relevanz die Auffassungen von Christen ein.

In dem 1974 verabschiedeten Jugendgesetz beispielsweise ist im Unterschied zum Entwurf die Verantwortung der Hoch- und Fachschullehrer für die gesellschaftswissenschaftliche Erziehung der Studenten auf unsere Anregung hin so formuliert, daß die Aneignung solider Grundlagenkenntnisse des Marxismus-Leninismus für christliche Studenten kein ihrem Glauben widersprechendes Bekenntnis einschließt.

Auch bei der Diskussion des Familiengesetzentwurfes hielten wir prinzipielle Änderungen für nötig, um dieses Gesetz auch für christliche Bürger praktikabel zu machen. Stets wurde in solchen Fragen ein Weg gesucht und gefunden, der den Auffassungen aller Parteien Rechnung trägt.

Das war in besonderem Maße bei der Beratung unserer ersten sozialistischen Verfassung der Fall. Unsere marxistischen Freunde verschlossen sich nicht unserer Argumentation, neben dem Recht eines jeden Bürgers, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen, auch die Gewährleistung der Gewissens- und Glaubensfreiheit in die Verfassung aufzunehmen.

In Entscheidungen wie diesen kommt zum Ausdruck, wie Christen sich mit diesem Staat und seiner Ordnung aktiv identifizieren. Zugleich machen solche Entscheidungen aber auch deutlich, daß Christen geachtete und integre Staatsbürger sind. Und schließlich sind solche Entscheidungen Ausdruck des Ernstes, mit dem die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands das Bündnis der Parteien praktiziert.

In Gestalt der CDU haben im Klassenkampf Marxisten erstmalig parteipolitisch organisierte Christen auf ihrer, auf der Seite des Fortschritts vorgefunden. In Respektierung der unterschiedlichen Motive und in der Achtung der gemeinsamen Leistungen im Einsatz für das Neue haben sie zu einem freundschaftlichen Miteinander gefunden.

Das Bild des gesellschaftlichen Lebens der DDR ist von dieser Zusammenarbeit geprägt. Christen haben dieses Land mit aufgebaut und sehen in der DDR ihre politische Heimat.

Eine Bemerkung zum Schluß:

Auf der Weltkirchenkonferenz in Nairobi hat das Verhältnis von Heil und Wohl des Menschen eine beträchtliche Rolle gespielt. Sie wissen das ja, und Sie wissen auch, warum. Manche haben da eine Kluft gesehen. Manche haben diese Begriffe auseinanderdividieren wollen.

Wir sind in der glücklichen Lage, bezeugen zu können: Unsere gesellschaftliche Umwelt ist so beschaffen, daß wir Heil und Wohl gleichermaßen, daß wir die Ganzheitlichkeit des Christen erfahren dürfen.

Den christlichen Glauben sehe ich als eine Sache, die stets

auf die Zukunft gerichtet ist. Die Hand an den Pflug legen und nicht zurückschauen, das ist uns Christen geboten. Wie könnten wir es, wollten wir uns auf die Kräfte von gestern orientieren? Für uns ist der Sozialismus die echte und reale Gewähr für eine glückliche, friedliche Zukunft der Menschheit. Deshalb orientieren wir uns auf ihn und auf die Kräfte, die diese Zukunft schon in der Gegenwart formen.